

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Mit welchen Maßnahmen können gleichwertige Lebensverhältnisse gesichert bzw. wiederhergestellt werden? Gleichgültig, wie genau man die Gleichwertigkeit definiert: Es ist offensichtlich, dass die regionalen Ungleichheiten in Deutschland zunehmen. Daher müssen die Debatten und Antworten zu dieser Frage für die kommende Legislaturperiode zentral sein. Bund und Länder müssen sich den immer weiter wachsenden regionalen Unterschieden entgegenstellen.

Auf der einen Seite stehen die wirtschaftsstarke Städte und Regionen, auf der anderen Seite die strukturschwachen Städte und Regionen, in denen soziale Problemlagen mehr Menschen betreffen und der mangelhafte Zustand der Infrastruktur greifbar ist. Für den Deutschen Städtetag lässt sich Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse konkret benennen: Die Zukunftschancen eines Kindes dürfen nicht davon abhängen, in welcher Region es aufwächst.

Während es für den Umgang mit den zunehmenden regionalen Unterschieden keine leichten Antworten gibt, ist dies beim Abbau des kommunalen Investitionsstaus anders gelagert. Es fehlt den Kommunen schlichtweg an ausreichenden, planbaren und dauerhaft fließenden Finanzmitteln, um beständig investieren zu können. Kurzfristige Sonderprogramme helfen nur begrenzt und sind zudem mit politischen Nachteilen verbunden: Durch enge Verwendungsvorgaben werden die Programme zum Teil in ihrer Wirkung beeinträchtigt. Außerdem wird manche unrealistische Erwartung des Mittelgebers enttäuscht, wenn abgeschlossene Maßnahmen nicht rasch präsentiert werden können.

Eine dauerhafte Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer würde es unkompliziert erlauben, die kommunalen Einnahmen flächendeckend und gleichmäßig zu erhöhen. So kann die Investitionskraft der Städte gestärkt werden. Denn die Kommunen brauchen beides: besondere und fokussierte Maßnahmen, um die strukturschwachen Städte zu unterstützen, sowie allgemeine Maßnahmen zum Abbau des Investitionsstaus überall.



*Verena Göppert,
Ständige Stellvertreterin
des Hauptgeschäftsführers
des Deutschen Städtetages*

Der vorliegende Gemeindefinanzbericht will die notwendigen Hintergrundinformationen und Erklärungen für die genannten, aber auch für andere finanzpolitische Diskussionen bereitstellen. Hierdurch sollen zielführende, gut strukturierte Debatten ermöglicht werden. Der Gemeindefinanzbericht zeigt auf, welche Maßnahmen nötig sind, damit sich unser Gemeinwesen mit gestärkten Städten weiterhin gut entwickeln kann. Die großen Unterschiede zwischen den Städten bedingen dabei, dass für die verschiedenen Problemlagen jeweils angepasste Instrumente notwendig sind.

Während die eine Stadt händeringend Entlastungen bei den Sozialausgaben durch eine erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft benötigt, muss eine andere Stadt davor geschützt werden, dass die Landesregierung versucht, die dringend für Investitionen benötigten Gewerbesteuereinnahmen abzuschöpfen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde vieles zugunsten der Kommunen angestoßen, oftmals auch mit beachtlichem Erfolg. Für eine neue Bundesregierung müssen diese Erfolge Ansporn sein, den richtigen Weg fortzusetzen.